



III-103 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.442/5-V/1/85

Herrn Präsidenten
des Nationalrates

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Bericht über die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes im Jahr 1984

I.

Ich beeohre mich, in der Anlage den Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1984 dem Nationalrat gemäß § 21 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 vorzulegen.

Dieser Tätigkeitsbericht wurde der Bundesregierung in ihrer Sitzung am 16. Juli 1985 zur Kenntnis gebracht.

II.

1. Zu der unter Punkt V/1 des Tätigkeitsberichtes gerügten Vorgangsweise hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mitgeteilt, daß Ablehnungen von Anträgen auf Erteilung von Bewilligungen nach dem Außenhandelsgesetz 1984 in der vom Verfassungsgerichtshof beanstandeten Form nicht mehr ergangen sind und auch in Zukunft nicht ergehen werden.
2. Zu der vom Verfassungsgerichtshof unter Punkt V/2 angeregten allgemeinen Einführung eines administrativen Rechtszuges ge-

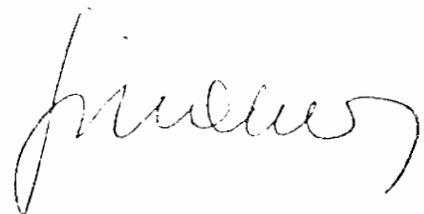
- 2 -

gen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt ist folgendes zu bemerken:

Die vom Verfassungsgerichtshof aufgeworfene Frage eines Rechtsmittels gegen Akte der unmittelbaren verwaltungsbehördlichen Befehls- und Zwangsgewalt steht in enger Verbindung mit dem von der Grundrechtskommission gerade in Beratung gezogenen Grundrecht auf persönliche Freiheit. Verhaftungen sind nämlich überwiegend jene Fälle, gegen die Beschwerde geführt wird. Da nun in der Grundrechtskommission eine umfassende Erörterung der im Zusammenhang mit dem Schutz der persönlichen Freiheit stehenden Probleme, von denen eines eines besonderen Rechtsmittels auf Verwaltungsebene ist, erfolgen wird, erscheint es zweckmäßig, das Ergebnis dieser Diskussion abzuwarten.

3. Hinsichtlich des Punktes V/3 im Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes sei bemerkt, daß die Steiermärkische Landesregierung mehrfach auf die Ausführungen in früheren Tätigkeitsberichten hingewiesen worden ist (vergleiche III-19 Blg. NR., XV. GP, Seite 2 und III-13 Blg. NR., XVI. GP, Seite 6).

16. Juli 1985
Der Bundeskanzler:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Mitter", is placed below the typed title "Der Bundeskanzler:".

Verfassungsgerichtshof
Judenplatz 11, 1010 Wien

CZ 2000/1-Präs/85

B e r i c h t

Über die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes
im Jahre 1984

I. Geschäftsgang:

1. Im Berichtsjahr 1984 ist der Verfassungsgerichtshof zu vier Sessionen (März, Juni, Oktober und Dezember), zu einer Zwischensession und zu einer außerordentlichen Sitzung im Dezember zusammengetreten. An 49 Tagen wurden insgesamt 123 Verhandlungen durchgeführt, an weiteren 37 Tagen wurden nicht-öffentliche Sitzungen abgehalten und an 38 Halbtagen fanden Sitzungen in der Besetzung nach § 7 Abs. 2 VfGG statt.

2. Im Berichtsjahr 1984 wurden an den Verfassungsgerichtshof 1214 neue Fälle herangetragen. 1211 Fälle konnte der Gerichtshof im Berichtsjahr 1984 entscheiden. Unter Berücksichtigung der aus früheren Jahren offenen Fälle ergibt sich zum Ende des Berichtsjahres ein Stand von 1443 offenen Zahlen.

Die nachstehende Übersicht veranschaulicht die Belastung des Gerichtshofes im Detail:

- 2 -

Jahr	angefallen	erledigt	offen am Jahresende
1982	859	1027	1377
1983	1022	959	1440
1984	1214	1211	1443

Die hohe Zahl der am Jahresende offenen Fälle erklärt sich in erster Linie aus dem besonders hohen Anfall (vgl. unten den dritten Absatz unter III.).

II. Personalstand:

1. Im Berichtsjahr standen dem Verfassungsgerichtshof acht ständige Referenten zur Verfügung, deren jeder im Durchschnitt 151 Entscheidungen vorbereitet hat.

2. Das Verwaltungspersonal des Verfassungsgerichtshofes hat durch Aufnahmen über den Stellenplan zum 1.7.1984 eine Vermehrung um sechs auf insgesamt 44 Planstellen erfahren.

Nach Besetzung von drei neu hinzugekommenen Planstellen bestand das juristische Verwaltungspersonal des Verfassungsgerichtshofes zum Ende des Berichtsjahres aus einem Präsidialvorstand und fünfzehn wissenschaftlichen Mitarbeitern. Das angestrebte Ziel, jedem der acht ständigen Referenten sowie dem Leiter des Evidenzbüros zwei wissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen, wurde im Berichtsjahr knapp verfehlt; durch Zuweisung weiterer Planstellen für das Jahr 1985 wird dieses Ziel jedoch erreicht werden können.

- 3 -

Das nichtjuristische Verwaltungspersonal bestand aus einem Sachbearbeiter der Verwendungsgruppe B, 18 Kanzlei- und Schreibkräften, 3 Amtswarten und 6 Bediensteten in handwerklicher Verwendung (Reinigungskräfte, Kraftfahrer und Drucker).

3. Übersicht:

Verwendungsgruppe/ Entlohnungsgruppe	1.1. - 30.6.1984			1.7. - 31.12.1984		
	Beamte	VB	Summe	Beamte	VB	Summe
A/a	11	2	13	11	5	16
B/b	1	-	1	1	-	1
C/c	8	3	11	8	5	13
D/d	1	6	7	1	6	7
E/e	-	-	-	-	1	1
P3/p3	1	1	2	1	1	2
P5/p5	-	4	4	-	4	4
				38		44
						+6

III. Entlastung/Statistik:

Mit Note vom 31. Jänner 1984 hat der Präsident des Verfassungsgerichtshofes eine in der Dezember-Session 1983 und in der Jänner-Zwischensession 1984 beratene und beschlossene "Stellungnahme des Verfassungsgerichtshofes zum Problem seiner Überlastung" dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, den Präsidenten des Nationalrates, den Mitgliedern der Bundesregierung sowie dem Staatssekretär Dr. Löschnak, dem Vorsitzenden des Bundesrates und seinen Stellvertretern, den Klubobmännern der im Nationalrat vertretenen Parteien, den Mitgliedern des Verfassungsausschusses des Nationalrates und den Landeshauptmännern übermittelt. Dieser "Lagebericht" bildete auch eine Anlage zum Tätigkeitsbericht für das Jahr 1983, der dem Herrn Bundeskanzler am 3. Mai 1984 übermittelt wurde.

Die von Parlament, Bundesregierung sowie den zuständigen Bundesministerien noch im Jahre 1984 zur Entlastung des Verfassungsgerichtshofes gesetzten Maßnahmen (Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz, Novelle zum Verfassungsgerichtshofgesetz, Zustimmung zur Aufnahme von Mitarbeitern über den Stellenplan des Jahres 1984, Zuweisung weiterer Planstellen für das Jahr 1985 und Ankauf des Hauses Jordangasse 9) nimmt der Verfassungsgerichtshof mit großer Befriedigung zur Kenntnis. Diese Maßnahmen waren eine erfreulich rasche Reaktion jener Stellen, die im Jänner 1984 mit dem "Lagebericht" des Verfassungsgerichtshofes angesprochen wurden.

Zwar konnten die getroffenen Maßnahmen wegen des kurzen zeitlichen Abstandes und wegen des übermäßig hohen Aktenanfalles (s. Übersicht auf Seite 2) noch keine tiefgreifende Veränderung bewirken, doch darf die gegenüber dem Jahre 1983 zu registrierende beträchtliche Steigerung der Erledigungen als ein erstes Anzeichen einer Wende gedeutet werden.

Im Berichtsjahr 1984 wurde die Behandlung von insgesamt 333 Beschwerden nach Art. 144 B-VG abgelehnt. Davon entfielen im gesamten Berichtszeitraum 241 Ablehnungen auf den bereits seit 1981 in Geltung stehenden "ersten" Ablehnungstatbestand (Art. 144 Abs. 2 B-VG: "... wenn sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat ..."). In den Sessionen der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres wurde in 81 Fällen die Ablehnung von Beschwerden auf den durch die Novelle zum B-VG BGBI. 296/1984 eingeführten "zweiten" Ablehnungstatbestand ("... oder von der Entscheidung die Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage nicht zu erwarten ist. ...") gestützt. 11 weitere Ablehnungsfälle gründeten sich im selben Zeitraum auf beide Ablehnungstatbestände. Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 1982, in dem durchschnittlich in 22 % des Beschwerdeeinganges die Behandlung der Beschwerde abgelehnt

- 5 -

wurde, ergibt somit einen Anstieg der Ablehnungen von Beschwerden um rund 5 % auf 27 % des Beschwerdeeinganges.

In ca. 20 % der im Berichtszeitraum erledigten Fälle endete das verfassungsgerichtliche Verfahren mit einer für den Einschreiter positiven Erledigung bzw. führte es zu einer Aufhebung von Rechtsvorschriften in amtswegigen Normenprüfungsverfahren. Im internationalen Vergleich erweist sich diese "Erfolgsquote" als außerordentlich hoch.

IV. Organisatorische Maßnahmen:

In Koordination mit dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Gerichtshof sowie dem Bundeskanzleramt wurden die bereits im Jahre 1983 eingeleiteten Studien zu einer Automatisierung des Evidenzbüros und der Rechtsdokumentation des Verfassungsgerichtshofes fortgesetzt. Die entsprechenden Realisierungskonzepte liegen dem Verfassungsgerichtshof teilweise bereits vor.

Weiters wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das sich mit der Einführung und dem zweckentsprechenden Einsatz eines Büroautomationssystems (Textverarbeitungsmehrplatzsystems) im Verfassungsgerichtshof befaßt. Der Abschlußbericht über diese Studie wurde im Februar 1985 vorgelegt. Die erste Stufe der Realisierung dieses Vorhabens ist für das Jahr 1985 ins Auge gefaßt. Zur Sammlung praktischer Erfahrungen hat das Bundeskanzleramt dankenswerterweise einen Personal-Computer zur Verfügung gestellt.

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wurden alle wesentlichen Vorarbeiten zu einer Modernisierung des Kanzleiwesens der Präsidialkanzlei getroffen, die mit Jahresende ihren Abschluß fanden. Die so erarbeiteten Reformmaßnahmen traten mit 1. Jänner 1985 in Wirksamkeit.

- 6 -

Des weiteren wurden alle Vorbereitungen personeller und räumlicher Art für die Einrichtung einer eigenen Amtswirtschaftsstelle für den Verfassungsgerichtshof eingeleitet, die ebenfalls am 1. Jänner 1985 ihre Tätigkeit aufgenommen hat.

V. Wahrnehmungen:

1. In der vom Verfassungsgerichtshof am 18. Juni 1984 entschiedenen Sache B 721/83 wurde die Beobachtung gemacht, daß der (vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft erlassene) bekämpfte Bescheid bloß durch einen Stempelabdruck begründet wurde. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes führte hiezu aus: "Die belangte Behörde verstieß nicht nur gegen ihre aus den §§ 58 Abs. 2, 60 AVG 1950 erfließende verfahrensrechtliche Verpflichtung, 'die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens, die bei der Beweiswürdigung maßgebenden Erwägungen und die darauf gestützte Beurteilung der Rechtsfrage klar und übersichtlich zusammenzufassen'; sie unterließ es vielmehr schlechthin, der Einschreiterin gegenüber auch nur anzudeuten, in welchem Umstand das der begehrten Bewilligung entgegenstehende materielle Hindernis überhaupt liegen könnte. Die bloße Bezugnahme auf § 8 Abs. 1 des AußenhandelsG 1968 im Zusammenhang mit dem behaupteten Vorliegen 'handelspolitischer Gründe' erlaubt nämlich keinen Rückschluß auf die für die negative Entscheidung maßgeblichen Beweggründe der Behörde, da die angeführte Gesetzesbestimmung mehrere für die Versagung der Bewilligung in Betracht kommende Tatbestände umfaßt und die dem Gesetzeswortlaut fremde Wendung 'handelspolitischer Gründe' keineswegs eindeutig zuordenbar ist".

2. In seinem Tätigkeitsbericht über das Jahr 1980 hat der Verfassungsgerichtshof unter 6. auf das Problem hingewiesen, daß die österreichische Rechtsordnung ein administra-

- 7 -

tives Rechtsmittel gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt nur ausnahmsweise vorsieht.

Da bei der Behandlung von Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt - soweit sie zulässig sind - fast in allen Fällen umfangreiche Erhebungen durch den Gerichtshof erforderlich sind, hat der Verfassungsgerichtshof die Überlegung angeregt, ob durch ein die Ausübung dieser Befehls- und Zwangsgewalt nachprüfendes verwaltungsbehördliches Verfahren zeitraubende Gerichtsverfahren vermieden oder wenigstens abgekürzt werden könnten. Die Darlegungen im Jahre 1980 schlossen mit der Erwartung, daß die Einführung eines administrativen Rechtszuges gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt einem wirksamen Rechtsschutz und der Entlastung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes dienlich sein könnte.

Der Bundeskanzler kam in seinem Bericht vom 15. Dezember 1981, mit dem er den Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1980 dem Nationalrat vorlegte, in gleicher Weise wie der Verfassungsausschuß in seinem Bericht vom 29.1.1982 (981 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP) zum Ergebnis, daß zum damaligen Zeitpunkt noch keine abschließende Aussage zur Anregung des Verfassungsgerichtshofes gemacht werden könne.

Der Verfassungsgerichtshof hält jedoch sein damaliges Anliegen dem Grunde nach weiterhin aufrecht. Er ersucht um weitere Prüfung entsprechender Maßnahmen, weil eine administrative Kontrolle der in Rede stehenden Zwangskakte mittelbar auch ein wichtiges Instrument zur weiteren Entlastung des Verfassungsgerichtshofes sein dürfte.

- 8 -

3. Am 21. Juni 1979 hat der Verfassungsgerichtshof unter der Geschäftszahl W I-2/78 die Wahl in die Vollversammlung der Landarbeiterkammer im Lande Steiermark zur Gänze aufgehoben.

Weil die durch die aufhebende Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes erforderlich gewordene Neuwahl bis zur Erstellung des Tätigkeitsberichtes über das Jahr 1981 - also damals zwei Jahre - nicht ausgeschrieben wurde, hat der Verfassungsgerichtshof im Tätigkeitsbericht über das Jahr 1981 und - nach weiterem fruchtlosem Verstreichen eines Jahres - auch im Tätigkeitsbericht 1982 auf die Notwendigkeit der Wiederholung der Wahl hingewiesen. Trotz des zweimaligen Aufzeigens unbegreiflicher Säumnis wurde die Wiederholungswahl erst im Dezember 1983 durchgeführt.

Mittlerweile wurde unter der Geschäftszahl B 101/83 Beschwerde gegen Bescheide der Steiermärkischen Landesregierung erhoben, mit denen Berufungen gegen Bescheide des Präsidiums der Steiermärkischen Landarbeiterkammer betreffend die Zugehörigkeit zu dieser Kammer abgewiesen wurden. Die Nichtaus schreibung der gebotenen Wiederholungswahl über einen unvertretbar langen Zeitraum hatte die Unzuständigkeit des Präsidiums zur Fortführung der Geschäfte der Kammer zur Folge. Der Verfassungsgerichtshof hat den Beschwerden daher mit Entscheidung vom 7. Dezember 1984 stattgegeben und die bekämpften Bescheide wegen Verletzung des verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechtes auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter aufgehoben.

Wien, am 15. März 1985

Der Präsident:

A d a m o v i c h

I. Beitrag zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1984 § 4

	Am 1.1.1984										erledigt wurden im Jahre 1984 in nichtöffentlicher Sitzung										
	öffentlicher Sitzung					abgewiesen oder eingestellt					zurückgewiesen oder eingestellt					Behandlung abgelehnt					
	neu	an-	an-	an-	neu	an-	an-	an-	neu	an-	an-	an-	an-	an-	an-	an-	an-	an-	an-	an-	
am- hän- gig aus aus 1978 1979	an- hän- gig aus aus 1980	an- hän- gig aus aus 1981	an- hän- gig aus aus 1982	an- hän- gig aus aus 1983	neu an- hän- gig aus aus 1984	an- hän- gig aus aus 1985	an- hän- gig aus aus 1986	an- hän- gig aus aus 1987	neu an- hän- gig aus aus 1988	an- hän- gig aus aus 1989	an- hän- gig aus aus 1990	an- hän- gig aus aus 1991	an- hän- gig aus aus 1992	an- hän- gig aus aus 1993	an- hän- gig aus aus 1994	an- hän- gig aus aus 1995	an- hän- gig aus aus 1996	an- hän- gig aus aus 1997	an- hän- gig aus aus 1998	an- hän- gig aus aus 1999	
Vorliegen rechtliche Ansprüche nach Art. 137 B-WG (A)	-	-	2	1	7	53	26	-	-	13	-	-	-	-	11	15	-	-	-	50	-
Neinungsverfahrensleitlinien mit dem Rechtsurteilstext nach Art. 126 a B-WG (KR)	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Kompetenzkonflikte nach Art 138 Abs. 1 B-WG (K II)	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	0	-
Kompetenzfeststellungen nach Art. 138 Abs 2 B-WG (K III)	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Prüfungen von Verordnungen nach Art. 139 B-WG (V)	-	4	1	5	26	45	43	8	10	1	2	8	22	-	-	-	-	-	73	-	
Prüfungen von Gesetzern nach Art. 140 B-WG (G)	1	1	3	12	23	47	173	137	10	3	1	-	22	-	-	-	-	-	87	-	
Wahlprüfungen nach Art. 161 B-WG (W I)	-	-	2	-	-	5	7	1	1	3	-	1	6	-	-	-	-	-	2	-	
Anträge auf Mandatsverluste nach Art. 161 B-WG (W II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Vollzugsbehörten Aufsicht nach Art. 161 B-WG (W III)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Anträge gegen obere Organe des Bundes und der Landesverwaltung nach Art. 162 und 163 B-WG (E)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1	-
Rechtsverwerden nach Art. 164 B-WG (II)	61	68	216	117	231	527	962	47	37	5	41	198	272	261	81	11	1777	51			
Rechtsverwerden wegen Vollzugsverletzungen nach Art. 165 B-WG (IV)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
h2	73	223	135	288	679	1216	193	71	32	45	218	339	261	81	11	1443	51				

1* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde, weil sie keine hinreichende Auslast auf Erfolg hat (Totalbestand 1 des Art. 164 Abs. 2 B-WG IdF PGB). 1984/296

2* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde, weil sie von der Entscheidung einer verfassungsrechtlichen Frage nicht zu erwarten ist (Totalbestand 2 des Art. 164 Abs. 2 B-WG IdF PGB). 1984/296

3† Ablehnung der Behandlung der Beschwerde aus beiden Totalbeständen den Art. 164 Abs. 2 B-WG IdF PGB. 1984/296

**2. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
über seine Tätigkeit im Jahre 1984**

**T a b e l l e
Über den Anfall und die Erledigung der Rechtssachen
im Jahre 1984**

	Kla- gen nach Art. 137	Kompetenzent- scheidungen nach			Ver- ord- nungs- pri- fung nach Art. 139	Ge- set- zes- pri- fung nach Art. 140	Wahl- an- fech- tung	Man- dat- ver- lust	Volks- begeh- ren- An- fech- tung	An- kla- gen nach Art. 142 und 143	Be- schwer- den nach Art. 144	Zu- sam- men
		Art. 126a	Art. 138 Abs.1	Abs.2								
Am 1.1.1984 aus Vor- jahren offen	63	2	1	1	81	87	7	-	-	-	1198	1440
im Jahre 1984 neu an- gefallen	26	-	1	-	1) 43	2) 173 4)	7	-	-	2	3) 962	1214
im Jahre 1984 er- ledigt	39	-	2	-	51	173	12	-	-	1	933	1211*)
am 31.12. 1984 offen	50	2	-	1	73	87	2	-	-	1	1227	1443

1) Hier von entfallen 26 auf Individualanträge, 6 auf amtswegige Prüfungen, 5 auf Anträge des Verwaltungsgerichtshofes; 6 Anträge entfallen auf ordentliche Gerichte

2) Hier von entfallen 51 auf Individualanträge, 109 auf amtswegige Prüfungen, 11 auf Anträge des Verwaltungsgerichtshofes; 2 Anträge entfallen auf ordentliche Gerichte

3) Davon entfallen 49 auf Beschwerden gegen in Ausübung mittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gesetzte Verwaltungsakte

4) Davon entfallen 154 Normenprüfungen auf Bundesgesetze, 19 auf Landesgesetze

* in öffentl. Sitzung 321, in nö. Sitzung 890

Aufgliederung der offenen Fälle zum 1.1.1984

	Kla- gen nach	Kompetenzent- scheidungen nach		Ver- ord- nungs- prü- fung nach Art. 139	Ge- set- zes- prü- fung nach Art. 140	Wahl- an- fech- tung nach Art. 141	Man- dat- ver- lust	Volks- begeh- ren- An- fech- tung nach Art. 141	An- kla- gen nach Art. 142 und 143	Be- schwer- den nach Art. 144	Zu- sam- men	
		Art. 137	Art. 126a	Art. 138 Abs.1	Abs.2							
offen aus 1978		-	-	-	-	1	-	-	-	-	41	42
offen aus 1979		-	-	-	-	4	1	-	-	-	68	73
offen aus 1980		2	-	1	-	1	3	2	-	-	214	223
offen aus 1981		1	-	-	-	5	12	-	-	-	117	135
offen aus 1982		7	1	-	-	26	23	-	-	-	231	288
offen aus 1983		53	1	-	1	45	47	5	-	-	527	679
		63	2	1	1	81	87	7	-	-	1198	1440

Aufgliederung der offenen Fälle zum 31.12.1984

	Kla- gen nach Art. 137	Kompetenzent- scheidungen nach			Ver- ord- nungs- prü- fung nach Art. 139	Ge- set- zes- prü- fung nach Art. 140	Wahl- an- fech- tung	Man- dat- ver- lust	Volks- begeh- ren- An- fech- tung	An- kla- gen nach Art. 142 und 143	Be- schwer- den nach Art. 144	Zu- sam- men
		Art. 126a	Art. 138 Abs.1	Abs.2								
offen aus 1978	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4
offen aus 1979	-	-	-	-	2	1	-	-	-	-	-	22
offen aus 1980	2	-	-	-	1	2	-	-	-	-	-	72
offen aus 1981	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	59
offen aus 1982	5	1	-	-	10	5	-	-	-	-	-	118
offen aus 1983	31	1	1	1	29	18	-	-	-	-	-	260
offen aus 1984	12	-	-	-	31	59	2	-	-	1	692	797
	50	2	-	1	73	87	2	-	-	1	1227	1443

**3. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
über seine Tätigkeit im Jahre 1984**

**Aufgliederung der im Jahre 1984 angefallenen
Verfahren nach Art. 139 B-VG**

BH Innsbruck, VO vom 18.8.1983 betreffend Fahrverbot für Omnibusse	1
BMF, VO betreffend Änderung der Tarife der KFZ-Haftpflichtversicherung, BGBL I 1983/348	1
BMF, VO vom 4.5.1977 betreffend die Zuordnung von Verlusten bei Kommanditgesellschaften	1
BMH, VO vom 1.7.1983 betreffend Preisbestimmung für Milch	1
BMW, Erlaß vom 17.4.1984 betreffen Studiennachweisverordnung des Fakultätskollegiums der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz	1
Flächenwidmungs- und Bebauungspläne:	
Absam	1
Berwang	1
Eugendorf	1
Graz	1
Innsbruck	1
Reith bei Seefeld	1
St. Pölten	1
Seefeld	1
Seiersberg	1
Ybbs	1

- 2 -

Gemeinde Micheldorf, ProstitutionsVO	1
Gemeinde Serfaus, VO vom 24.4.1984 betreffend Interessentenweg	1
Geschäftsordnung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg	1
Grünzonenverordnung Rheinthal	1
Kärntner Bauvorschrift	2
Landeshauptstadt Graz, LärmschutzVO	1
Landeshauptstadt Graz, Unfallfürsorgesatzung 1967	1
Landeshauptstadt Graz, VO betreffend Fahrverbot in der Waagner-Biro-Straße	1
Landeshauptstadt Linz, VO über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen und Treuebelohnungen	1
Marktgemeinde Etsdorf-Haitzendorf, VO betreffend Verbot gewerblicher Tätigkeit mittels Automaten	1
Marktgemeinde Neulengbach, VO betreffend die Festsetzung der Bauklasse III	1
Niederösterreichische Landesregierung, VO über die Beistellung von Schulärzten, LGB1 5000/3-0	2
Rahmengeschäftsordnung des österreichischen Arbeiterkammertages	1
Stadtgemeinde Hallein, VO betreffend Erklärung des Domkapitelweges zur öffentlichen Interessentenstraße	1
Stadtgemeinde Mistelbach, VO betreffend Prostitutionssverbot	1
Tiroler Landesregierung, VO betreffend Flächen- widmungsplan für die Gemeinde Berwang	1
Verwaltungskommission des Milchwirtschaftsfonds	
VO vom 1.7.1966 betreffend Zuschüsse und Abschöpfungen	1

- 3 -

VO vom 18.10.1978 betreffend Zuschüsse und
Abschöpfungen 1

VO vom 30.12.1976 und 27.1.1977 betreffend Ent-
richtung bestimmter Preisausgleichsbeträge 1

VO vom 28.6.1977 betreffend Erhöhung des Preis-
ausgleichsbetrages für Haltbarmilch und Sterilmilch 1

Zivilluftfahrtpersonalverordnung 1

4. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
Über seine Tätigkeit im Jahre 1984

Aufgliederung der im Jahre 1984
angefallenen Verfahren nach Art. 140 B-VG

Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch	3
Abgabenexekutionsordnung	4
Arbeiterkammergesetz	1
Arbeitslosenversicherungsgesetz	1
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	6
Bundesabgabenordnung	5
Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979	2
BiersteuerG	1
Exekutionsordnung	2
Einkommenssteuergesetz	3
Finanzstrafgesetz	1
Forstgesetz	1
Futtermittelgesetz	1
Hochschülerschaftsgesetz	1
Investitionsprämiengesetz	3
Kärntner Bauordnung	3
Kärntner Dienstrechtsgesetz	2
Kärntner Landtagswahlordnung	1
Kärntner Landesforstgesetz	1
Kärntner Landesgesetz Über Bezüge und Pensionen von Organen von Gebietskörperschaften	1

Kraftfahrtgesetz	6
Lebensmittelgesetz	1
Mineralölsteuergesetz	1
Niederösterreichisches Jagdgesetz	3
Niederösterreichisches Krankenanstaltengesetz	1
Niederösterreichisches Landesbürgerschaftsgesetz	1
Oberösterreichisches Landesstraßenverwaltungsgesetz	1
Pensionsgesetz	3
SchaumweinsteuerG	1
Schrottlenkungsgesetz	1
Stärkeerzeugnisse-Abgabegesetz	1
Sonderabgabe von Kreditunternehmungen	68
Strafgesetzbuch	1
Straßenverkehrsordnung	1
Tabaksteuergesetz	1
Tiroler Gemeindeordnung	1
Tiroler Raumordnungsgesetz	1
Urheberrechtsgesetz	2
Umsatzsteuergesetz	10
Verfassungsgerichtshofgesetz	2
Verwaltungsgerichtshofgesetz	5
Verwaltungsvollstreckungsgesetz	1
Wiener Bauordnung	6
Wiener Parkometergesetz	2
Wiener Stadtverfassung	1
Wiener Vergnügungssteuergesetz	1
Wohnungsgemeinnützigekeitsdurchführungsverordnung	4
Zinsertragssteuergesetz	1
Zivilprozeßordnung	2

5. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
über seine Tätigkeit im Jahre 1984

Belangte Behörden
im Beschwerdeanfall 1984

Abgabenberufungskommission für Wien	26
Ausschuß der RAK für Steiermark	1
Ausschuß der RAK für Wien, NÖ und Bgld.	2
Baulandumlegungsbehörde beim Amt der Tiroler Landesregierung	1
Bauoberbehörde für Wien	9
Berufungskommission für Heimarbeit beim BMJ	1
Berufungskommission in Bausachen der Landeshauptstadt Innsbruck	5
Berufungskommission in Disziplinarangelegenheiten der Bundes-Ingenieurkammer	1
Berufungskommission in Disziplinarsachen der Stadt Wien	1
Beschwerdeausschuß der Ärztekammer für Steiermark	10
Bezirkswahlbehörde Tamsweg	3
Bezirkshauptmannschaft Amstetten	2
Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Mur	1
Bezirkshauptmannschaft Dornbirn	1
Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt	1
Bezirkshauptmannschaft Hallein	1
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck	1
Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf an der Krems	1

- 2 -

Bezirkshauptmannschaft Kufstein	2
Bezirkshauptmannschaft Oberwart	1
Bezirkshauptmannschaft Salzburg/Umgebung	1
Bezirkshauptmannschaft Tulln	1
BMB	3
BMF	8
BMH	6
BMG	3
BMI	12
BMJ	14
BMLF	2
BMLV	18
BMS	9
BMUK	6
BMV	11
BMW	4
Bundeskanzleramt	1
Bundespolizeidirektion Eisenstadt	1
Bundespolizeidirektion Graz	3
Bundespolizeidirektion Linz	1
Bundespolizeidirektion Salzburg	3
Bundespolizeidirektion Schwechat	1
Bundespolizeidirektion Wien	40
Bundesschiedskommission nach § 346 ASVG	2
Burgenländische Landesregierung	2
Disziplinarberufungssenat der österreichischen Apothekerkammer beim BMG	2

- 3 -

Disziplinarrat der RAK für Oberösterreich	1
Disziplinarrat der RAK für Wien, NÖ und Bgld.	2
Disziplinarsenat beim BMG	1
Disziplinaroberkommission beim BKA	1
Ehrengericht der Salzburger Jägerschaft	1
Einigungsamt Graz	1
Finanzamt Linz als Finanzstrafbehörde 1. Instanz	1
Finanzamt für den 1. Bezirk Wien	1
Finanzamt für den 6., 7. und 15. Bezirk Wien	3
Finanzamt Linz	1
FLD Kärnten	6
FLD Oberösterreich	11
FLD Salzburg	4
FLD Steiermark	93
FLD Tirol	10
FLD Vorarlberg	2
FLD Wien	50
Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz	7
Gesamtkollegium der Hochschule für angewandte Kunst in Wien	3
Geschworenengericht am Sitze des Kreisgerichtes Korneuburg	1
Getreidewirtschaftsfonds	76
Grundverkehrslandeskommision beim Amt der Kärntner Landesregierung	1
Grundverkehrslandeskommision beim Amt der NÖ Landesregierung	4
Grundverkehrslandeskommision beim Amt der Stmk. Landesregierung	1

- 4 -

Ingenieurkammer für Steiermark	1
Kammer der Wirtschaftstreuhänder Wien	1
Kärntner Landesregierung	12
Landesagrarsenat beim Amt der OÖ Landesregierung	3
Landesagrarsenat beim Amt der Stmk. Landesregierung	1
Landesagrarsenat beim Amt der Tiroler Landesregierung	6
Landesarbeitsamt Oberösterreich	4
Landesarbeitsamt Tirol	2
Landesarbeitsamt Wien	7
Landesgrundverkehrsbehörde beim Amt der OÖ Landesregierung	9
Landesgrundverkehrsbehörde beim Amt der Tiroler Landesregierung	22
Landeshauptmann von Burgenland	1
Landeshauptmann von Kärnten	3
Landeshauptmann von Niederösterreich	2
Landeshauptmann von Oberösterreich	5
Landeshauptmann von Salzburg	2
Landeshauptmann von Steiermark	1
Landeshauptmann von Tirol	4
Landeshauptmann von Vorarlberg	3
Landeshauptmann von Wien	15
Landeswahlbehörde für das Land Niederösterreich	1
Landeswahlbehörde für das Land Salzburg	1
Landeshöfekommission beim Amt der Tiroler Landesregierung	1
Landeskammer der Tierärzte Wien	1
Magistrat der Stadt Wien	5

Niederösterreichische Landesregierung	30
Oberster Agrarsenat beim BMLF	2
OBDK für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter	4
Oberösterreichische Landesregierung	16
Personalvertretungsaufsichtskommission	1
Präsident des KG Leoben	1
Präsident des LG für Strafsachen Wien	5
Präsident des LG Salzburg	1
Präsident des LG für ZRS Wien	1
Präsident des OLG Wien	2
Punzierungsamt	1
Salzburger Landesregierung	10
Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich	1
Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark	3
Sicherheitsdirektion für das Bundesland Vorarlberg	2
Sicherheitsdirektion für das Bundesland Wien	24
Schiedskommission beim Landesinvalidenamt für Kärnten	3
Schiedskommission beim Landesinvalidenamt für Wien, NÖ und Bgld.	2
Stadtgemeindevertretung Hallein	1
Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz	1
Stadtsenat der Landeshauptstadt Salzburg	1
Stadtsenat der Stadt Krems	2
Stadtsenat Wien	1
Steiermärkische Landesregierung	1

- 6 -

Studienkommission für die Studienrichtung Pädagogik an der grund- und integrativwissen- schaftlichen Fakultät der Universität Graz	1
Tiroler Landesregierung	16
Vorarlberger Grundverkehrsministerium	1
Vorarlberger Landesregierung	14
Wiener Gemeinderatsausschuß für Stadtneuerung und Stadtentwicklung	2
Wiener Landesregierung	31
Zivildienstoberkommission beim BMI	52
Zollamt Innsbruck als Finanzstrafbehörde 1. Instanz	1
Zollamt Linz	1
Zollamt Wien	1

**6. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
über seine Tätigkeit im Jahre 1984**

Normen, deren Anwendung Grundlage der im
Jahre 1984 eingebrachten Beschwerden nach Art. 144 B-VG war

Abgabenenexekutionsordnung	2
Agrarbehördengesetz	1
Apothekengesetz	4
Arbeitsinspektionsgesetz	1
Arbeitslosenversicherungsgesetz	1
Apothekerkammergesetz	1
Arbeitsverfassungsgesetz	2
Ärztegesetz	6
ASVG	13
Außenhandelsgesetz	4
AVG	23
Bundesabgabenordnung	14
Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979	4
Beitrags- und Umlagenordnung der Ärztekammer für Steiermark	6
Betriebsordnung für den nicht linien- mäßigen Personenverkehr, BGBl. 1955/289	1
Burgenländische Gemeindeverwaltungs- abgabenverordnung LGBl. 1981/17	1
Bewertungsänderungsgesetz 1979	77
Bewertungsgesetz	2

- 2 -

BMF, VO betreffend Werbungskosten für Angehörige bestimmter Berufsgruppen	1
BMI, VO vom 31.3.1978 über die Zulassung sowie den Widerruf zu Grundausbildungslehrgängen für dienstführende Wachebeamte	1
BMJ, VO betreffend Unterstützungsbeitrag für Rechtspraktikanten	1
BMW, Erlaß vom 17.12.1977 betreffend Kombination von Studien	1
Bodenbeschaffungsgesetz	1
Bundes-Personalvertretungsgesetz	1
Bundesstraßengesetz	2
Burgenländische Bauordnung	1
Burgenländisches Naturschutzgesetz	1
Dampfkessel-Emissionsgesetz	1
Dienstrechtsverfahrensgesetz	2
Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter	7
EGVG	12
EinführungsVO zu KO, AO und AnFO, RGBl. 1914/337	1
Eisenbahngesetz	2
Entschädigungsgesetz/Jugoslawien	3
Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz	1
EStG	16
Finanzstrafgesetz	7
Familienlastenausgleichsgesetz	3
Fremdenpolizeigesetz	5
Gebühren gesetz	15
Geflügelwirtschaftsgesetz	5

- 3 -

Gehaltsgesetz	10
Gelegenheitsverkehrsgesetz	1
Gerichtliches Einbringungsgesetz	3
Geschworenen- und Schöffenlistengesetz	1
Gewerbeordnung	14
Gewerbesteuergesetz	3
Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz	7
Grazer Altstadterhaltungsgesetz	1
Grazer Grünanlagenverordnung	1
Grunderwerbsteuergesetz	8
Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	5
Güter-Beförderungsgesetz	1
Bezirksgebührengesetz	3
Heimarbeitstarif T V/7/22	1
Ingenuarkammergesetz	2
Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz	10
Invalideneinstellungsgesetz	1
Kapitalverkehrsteuergesetz	2
Kärntner Bauordnung	3
Kärntner Fremdenverkehrsabgabegesetz	2
Kärntner Gemeindekanalisationsgesetz	1
Kärntner Gemeindeplanungsgesetz	1
Kärntner Grundverkehrsgesetz	1
Kärntner Landtagswahlordnung	1
Kärntner Sprengelärztegesetz	1
Kärntner Überwachungsgebührengesetz	1

- 4 -

Kraftfahrgesetz	20
Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	5
Körperschaftsteuergesetz	2
Kraftfahrzeugsteuergesetz	1
Kriegsopfersversorgungsgesetz	4
Kunsthochschulstudiengesetz	3
Landeshauptmann von Vorarlberg, VO über die Festsetzung von Betriebszeiten für Schiffliestikmaschinen vom 16.3.1983	1
Landeshauptstadt Linz, VO des Gemeinderates betreffend Festsetzung von Marktgebühren	3
Landeslehrer-Dienstgesetz	3
Lebensmittelgesetz	1
Luftfahrtgesetz	1
Magistrat der Stadt Wien, VO über die Kosten der Entfernung von Hindernissen vom 14.4.1978	1
Marktordnungsgesetz	76
Maß- und Eichgesetz	1
Mediengesetz	16
Meldegesetz	1
Mietrechtsgesetz	3
Namensänderungsgesetz	1
Niederösterreichische Bauordnung	5
Niederösterreichisches Flurverfassungs-Landesgesetz	1
Niederösterreichische Flüssiggas-LagerVO	1
Niederösterreichisches Feuer-, Gefahren- und Feuerwehrgesetz	1
Niederösterreichisches Fremdenverkehrsgesetz	2

Niederösterreichisches Grundverkehrsgesetz	4
Niederösterreichisches Jagdgesetz	3
Niederösterreichisches Kanalgesetz	1
Niederösterreichisches Landesstraßengesetz	3
Niederösterreichische Landtagswahlordnung	1
Niederösterreichisches Polizeistrafgesetz	1
Niederösterreichisches Wasserleitungsanschlußgesetz	1
Oberösterreichische Bauordnung	4
Oberösterreichisches Flurverfassungslandesgesetz	3
Oberösterreichisches Grundverkehrsgesetz	9
Oberösterreichisches Jugendwohlfahrtsgesetz	1
Oberösterreichisches Landesstraßenverwaltungsgesetz	1
Oberösterreichisches Lustbarkeitsabgabegesetz	1
Oberösterreichisches Polizeistrafgesetz	1
Oberösterreichisches Starkstromwegegesetz	1
Oberösterreichische TierkörperverwertungsVO	1
Opferfürsorgegesetz	2
Pensionsgesetz	5
Plakatierungsverordnung der Bundespolizeidirektion Linz	1
Postgesetz	2
Privatschulgesetz	1
Prüfungsvorschrift für das Lehramt an Mittelschulen BGBL. 1937/271	1
Punzierungsgesetz	1
Pyrotechnikgesetz	1
Salzburger Baupolizeigesetz	4

- 6 -

Salzburger Gemeindewahlgesetz	3
Salzburger Gemeindewasserleitungsgesetz	1
Salzburger Jagdgesetz	1
Salzburger Landesstraßengesetz	2
Salzburger Landtagswahlordnung	1
Salzburger Wohnbauförderungs-Grundsteuerbefreiungsgesetz	1
Sonderabgabe von Kreditunternehmungen	2
Schülerbeihilfengesetz	1
Staatsbürgerschaftsgesetz	2
Steiermärkische Bauordnung	4
Steiermärkische BebauungsdichteVO	2
Steiermärkisches Grundverkehrsgesetz	1
Steiermärkisches Kanalabgabegesetz	1
Steiermärkisches Kanalgesetz	3
Steiermärkisches Lichtspielgesetz	1
Steiermärkisches Naturschutzgesetz	1
Steiermärkisches Zusammenlegungsgesetz	1
Steiermärkisches Landesgesetz betreffend Anstandsverletzung, Lärmerregung und Ehrenbeleidigung	1
Stickereiförderungsgesetz	2
Strafprozeßordnung	5
Strafvollzugsgesetz	9
Studienförderungsgesetz	2
Straßenverkehrsordnung	32
Tierärztegesetz	1
Tiroler Bauordnung	6

Tiroler Flurverfassungs-Landesgesetz	2
Tiroler Grundverkehrsgesetz	22
Tiroler Güter- und Seilwege-Landesgesetz	1
Tiroler Höfegesetz	1
Tiroler Landesabgabenordnung	1
Tiroler Landesstraßengesetz	1
Tiroler Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz	2
Tiroler Naturschutzgesetz	1
Tiroler Raumordnungsgesetz	2
Tiroler Schischulgesetz	1
Tiroler Straßengesetz	1
Tiroler Technische Bauvorschriften	1
Umsatzsteuergesetz	11
Vereinsgesetz	1
Vermögensteuergesetz	3
Versammlungsgesetz	1
Verwaltungsakademiegesetz	1
Verfassungsgerichtshofgesetz	1
Villacher Gebrauchsabgabtarif	1
Vorarlberger Bäuerliches Siedlungsgesetz	1
Vorarlberger Baugesetz	3
Vorarlberger Grundverkehrsgesetz	1
Vorarlberger Jagdgesetz	1
Vorarlberger Landesgesetz über die öffentliche Wasserversorgung	1
Vorarlberger Landschaftsschutzgesetz	1
Vorarlberger Schischulgesetz	1

- 8 -

Vorarlberger Sittenpolizeigesetz	2
Vorarlberger Sozialhilfegesetz	2
Verwaltungsstrafgesetz	17
Wasserleitungsordnung der Stadtgemeinde Hallein	2
Wasserrechtsgesetz	10
Wiener Abgabenordnung	2
Wiener Baumschutzgesetz	1
Wiener Bauordnung	9
Wiener Dienstordnung	1
Wiener Getränkesteuergesetz	1
Wiener Landesgesetz über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen	20
Wiener Parkometergesetz	1
Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz	1
Wiener Sozialhilfegesetz	1
Wiener Veranstaltungsgesetz	1
Wiener Vergnügungssteuergesetz	1
Wirtschaftstreuhänder-Kammergegesetz	1
Wohnbauförderungsgesetz	2
Zivildienstgesetz	52